

Bilanz 2021

Politische Erfolge

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*



Bilanz 2021

Die zentralen politischen Erfolge des Wirtschaftsrates

Auch das Jahr 2021 brachte Herausforderungen in historischer Dimension. Die global anhaltende Corona-Pandemie hat alle Volkswirtschaften tief erschüttert und begonnen, sie nachhaltig zu verändern. Wie weitreichend die Folgen letztlich sein werden, lässt sich nur erahnen. Schon eines aber ist klar: Das Erbe der Pandemie liegt in höheren Schuldenbergen, deutlich gestiegenen staatlichen Interventionen und in Teilen verunsicherten Gesellschaften.

In Deutschland haben die Wähler in dieser Situation mit der Bundestagswahl 2021 zugleich das althergebrachte Denkmuster verlassen und berechenbaren Mehrheiten eine Absage erteilt. Mit der sogenannten „Ampel“-Koalition hat sich nunmehr eine Bundesregierung gefunden, die sich so nicht gesucht hat, und deren Kitt sich im harten Regierungsalltag erst noch beweisen muss.

Fest steht: Die heute anstehenden Politikentscheidungen bestimmen, ob die Welt von morgen resilientier gegen Krisen sein und nachhaltige Antworten auf die großen Themen unserer Zeit – Digitalisierung, Klimaschutz, Freihandel, Währungsstabilität, Migration, stabile Sozialsysteme, gesellschaftlicher Zusammenhalt – liefern wird. Gerade vor dem Hintergrund des pandemischen Schocks ist die Gelegenheit zur Bewältigung der Herausforderungen auch völlig neue Wege einzuschlagen, größer denn je. Der Wirtschaftsrat steht bereit, sich mit seinen Mitgliedern und seiner Expertise in diesen Prozess einzubringen.

Rückblickend müssen wir festhalten, dass die Pandemie auch die Arbeit unserer Organisation im Jahr 2021 verändert hat. Unter coronabedingten Schutzvorkehrungen zum Beispiel wurde der Wirtschaftstag in hybrider Form durchgeführt – und mit einer überwältigenden Rekordbeteiligung von über 70.000 Zuschauern belohnt. Gleichzeitig haben unsere Fachkommissionen und Arbeitsgruppen abweichend vom üblichen Präsenzformat flexibel Hunderte Videokonferenzen organisiert, in die sich über 10.000 Wirtschaftsrat-Mitglieder aktiv eingebracht haben, um der Politik in allen wirtschaftspolitischen Themenfeldern beratend zur Seite zu stehen. Der Wirtschaftsrat wurde und wird als die entscheidende Stimme der Sozialen Marktwirtschaft wahrgenommen – nicht zuletzt infolge des geballten Engagements seiner über 12.000 Mitglieder. Er hat sich als politisches Korrektiv bewiesen und vermag es, eine sinnvolle und nachhaltige Wirtschaftspolitik mitzugestalten.

Damit diese Aufgabe auch weiterhin – gerade mit Blick auf die notwendige politische Begleitung der Vorhaben der neuen Bundesregierung – erfolgreich gelingt, bitten wir um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine gute Zukunft hat. Ihr Engagement zählt!

Berlin, im Januar 2022

Astrik Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär



„Wir brauchen in der Politik mehr Quereinsteiger aus der Wirtschaft. Der Wirtschaftsrat kann dabei als wichtiger Transmissionsriemen fungieren und seine wirtschaftliche Expertise einbringen.“

Ralph Brinkhaus MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1. Europa

Stabilitäts- und Wettbewerbsunion statt Schulden- und Haftungsgemeinschaft

Die erstmalige eigene EU-Verschuldungskompetenz, die immer engere Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik und die Explosion der Staatsschulden lassen die Fundamente der ursprünglichen EU-Stabilitätsunion immer weiter erodieren. Ohne Frage war und ist es richtig, dass Europa in Zeiten der Corona-Krise zusammensteht und gemeinsam entschlossene Antworten auf die Krise formuliert. Keineswegs darf das jedoch zum Anlass genommen werden, um die EU dauerhaft in die falsche Richtung umzubauen. Die Souveränität Europas erreicht man nicht über gemeinsame Schulden, deren Finanzierung in eine ferne Zukunft verschoben wird. Damit Europa auch in den nächsten Dekaden wirtschaftlich und geopolitisch eine Führungsrolle übernehmen kann, drängte der Wirtschaftsrat 2020 immer wieder auf die Weiterentwicklung des Binnenmarktes und die Schaffung eines überzeugenden Ordnungs- und Stabilitätsrahmens. Wichtige Kernforderungen finden sich nun auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wieder:

- Ein positives Zeichen ist die bewusste Betonung, dass der EU-Wiederaufbaufonds zeitlich und in der Höhe begrenzt ist. SPD und Grüne wollten dieses Instrument bislang zu einer Dauereinrichtung machen, was die gemeinsame europäische Schuldenaufnahme perpetuiert und die Stabilitätskultur geschwächt hätte.
- Auch die ausdrückliche Sorge vor der steigenden Inflation wird nunmehr im Koalitionsvertrag genannt. Der frühere SPD-Chef Norbert Walter-Borjans hatte diese noch kurz zuvor als völlig unbegründet zur Seite geschoben. Das Plädoyer der „Ampel“-Koalitionäre an



„Beim Wirtschaftsrat fühlt man sich als Freier Demokrat willkommen, weil wir viele Grundüberzeugungen teilen.“

Christian Lindner MdB
Bundesminister für Finanzen
Vorsitzender der FDP

die europäischen Partner, dass sich Preisstabilität nur dann sichern lässt, wenn die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung in der Haushaltspolitik nachkommen, ist vollkommen richtig. Allerdings hat es nur einen Mehrwert, wenn diese Koalition hier auch eine glaubwürdige Vorbildfunktion einnimmt.

- Einige Länder wollen bestimmte Investitionen, etwa in den Klimaschutz oder die Industriepolitik, künstlich aus den Schulden herausrechnen, andere halten die Schuldenregeln des Stabilitätspaktes vollständig für obsolet. Das ist erschreckend, denn solide öffentliche Finanzen sind ein Fundament der Europäischen Union. Umso wichtiger ist es, dass sich die Ampel-Koalitionäre zum Stabilitätspakt bekennen. Dieses zentrale Bekenntnis zur finanzpolitischen Solidität muss die Koalition auch durchhalten. Eine Reform des Stabilitätspaktes ist deshalb nur über klare Richtlinien denkbar, wie die Schuldenstände in Zukunft wieder zu senken sind.
- Der Wirtschaftsrat hatte zudem vehement davor gewarnt, dass ein unausgereiftes europäisches Einlagensicherungssystem zu einer Versicherung für bereits eingetroffene Schäden werden würde. Die Ampel hält nun an der nationalen Einlagensicherung fest. Ein mögliches europäisches System würde lediglich einen ergänzenden Charakter haben.

Zum ersten Mal seit mehr als einer Generation sehen sich die Menschen in Deutschland und Europa mit rasanten Preissteigerungen konfrontiert und die Inflation hat Corona als Sorge Nummer eins für Unternehmer abgelöst. Dies zeigt eindrucksvoll, dass der Weg über billiges Notenbankgeld und hohe Staatsschulden nicht nachhaltig ist. Wir müssen uns deshalb wieder viel stärker darauf besinnen, dass Europa ein wirtschaftliches Kraftzentrum ist, das noch über riesiges Potenzial verfügt. Gut 60 Prozent der weltweiten Hidden Champions sind in Europa zu Hause – das steht für einen hochwertigen, produktiven und innovativen Kapitalstock. Der EU-Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die noch lange nicht auserzählt ist.

2. Steuern und Haushalt

Wahlprogramme und Koalitionsvertrag steuerpolitisch geprägt, Reformen eingefordert

Auch das steuer- und haushaltspolitische Jahr 2021 war sowohl durch die Corona-Pandemie als auch die Bundestagswahl geprägt. Ordnungspolitische Grundsätze, wie die Einhaltung der Schuldenbremse, wurden teilweise weiterhin außer Kraft gesetzt, um die immensen Kosten zu tragen, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie notwendig sind. Trotz zahlreicher Unterstützungsmaßnahmen



men für die unternehmerische Wirtschaft hatte der seinerzeitige Bundesfinanzminister es jedoch verpasst, den Wachstumshebel im Bereich des Steuerrechts zu betätigen und wohlstandsgenerierende Investitionen durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Umso erfreulicher ist es, dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung folgende Empfehlungen des Wirtschaftsrates untergebracht werden konnten:

- Evaluierung und Reform der Thesaurierungsbesteuerung und des Optionsmodells,
- betragsmäßige und zeitliche Ausweitung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten,
- Einführung von zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten zur Unterstützung der anhaltenden Nachhaltigkeits- und Digitalisierungstransformationen,
- Vereinfachung und Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens,
- Beschleunigung der Steuerprüfung von Unternehmen.

Zudem vermochte es der Wirtschaftsrat, sich mit seinen Forderungen auf Verzicht der Wiedereinführung der Vermögensteuer, der Erhöhung der Einkommen-, Umsatz- und Unternehmenssteuern sowie der Betriebsausgabenversagung von Managergehältern durchsetzen zu können.

Notwendig wird sein, dass der Wirtschaftsrat die zukünftige Gesetzgebung eng begleitet, so dass etwa die zeitliche Ausweitung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten nicht ins Leere läuft. Darüber hinaus steht die Bürokratie der geplanten Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen in keinem Verhältnis zum Nutzen einer solchen Regelung, so dass wir uns für den Verzicht auf diese Anzeigepflicht einsetzen werden. Auch wird weiterhin die überfällige Reform der Unternehmensbesteuerung auf unserer Agenda stehen. In diesem Zusammenhang wird sich der Wirtschaftsrat nicht zuletzt für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags und die schnellstmögliche Rückkehr zu einer nachhaltigen wie transparenten Haushaltspolitik einsetzen.

3. Außenhandel

Für eine klare internationale Wirtschaftspolitik aus einem Guss eingesetzt

Die Europäische Union und mittelbar Deutschland befinden sich mit den beiden wichtigsten Handelspartnern, den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, weiter im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Wettbewerb. Die ursprüngliche Hoffnung, dass sich 2021 der mit den USA schwelende Handelskonflikt unter der Biden-Administration schnell lösen lasse, wurde nicht



„Auch in schwierigen Zeiten muss die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft gehört werden. Der Wirtschaftsrat ist der Garant dafür.“

Friedrich Merz MdB

designierter Vorsitzender der CDU Deutschlands

erfüllt, der Forderung nach einem transatlantischen Freihandelsabkommen nicht nachgekommen. Hingegen konnten die Verhandlungen mit China um ein umfassendes Investitionsabkommen erfolgreich beendet werden.

Sehr deutlich wurde im abgelaufenen Jahr zudem, wie sehr die EU selbst protektionistisch agiert. Denn durch den sogenannten „Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)“, einen CO₂-Grenzausgleich, will die Europäische Kommission die allgemeine Verlagerung von Treibhausgasemissionen („Carbon Leakage“) verhindern und europäische Produzenten vor Nachteilen durch Importe von energieintensiven Gütern schützen. Dabei hat die Kommission bis heute nicht aufgezeigt, wie ein WTO-konformer CBAM tatsächlich aussehen könnte. Europas größte Handelspartner haben bereits eine eindeutig kritische Haltung gegenüber dem vorgesehenen Grenzausgleichsmechanismus signalisiert. Gegenmaßnahmen und neue Handelskonflikte stehen bereits im Raum.

Überdies trat eine weitere Herausforderung zutage: Als führende europäische Industrie- und Exportnation ist Deutschland auf ein stabiles geopolitisches Umfeld mit gesichertem Zugang zum Welthandel angewiesen. Die sicherheitspolitische Gesamtlage jedoch erweist sich zunehmend als komplex, dynamisch und hoch volatil.

Die Bilanz des Jahres 2021 des Wirtschaftsrates in diesem ungemein vielschichtigen Umfeld:

- In mehreren hochkarätigen Dialogformaten wurde der vertrauensbildende Austausch mit transatlantischen Verantwortungsträgern gefördert, um das Band zwischen den Kontinenten (wieder) zu stärken.



„Die Politik darf die Wirtschaft nicht überfordern. Als Kind einer Unternehmerfamilie weiß ich: Unternehmer brauchen vor allem Freiheit. Meine tiefste Überzeugung ist, dass zur Freiheit auch immer Verantwortung gehört. Ich weiß, beim Wirtschaftsrat laufe ich damit offene Türen ein.“

Julia Klöckner MdB

Bundesministerin a.D.

Wirtschaftspolitische Sprecherin
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



„Ich genieße es jedes Mal beim Wirtschaftsrat zu sein und mich mit seinen Mitgliedern auszutauschen.“

Dorothee Bär MdB
Staatsministerin a.D.
Stellv. Vorsitzende CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Sehr engagiert hat sich der Wirtschaftsrat dafür eingesetzt, dass ein etwaiger CBAM konform mit den Regeln der WTO ist. Denn die Europäische Union muss als Vorreiter des Freihandels auftreten. Protektionismus ist eine Einbahnstraße.
- Intensiv geworben wurde dafür, dass Deutschland und Europa international mehr Verantwortung übernehmen und die Resilienz gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen gestärkt wird.
- Die besondere Bedeutung der wehrtechnischen Industrie stand im Fokus der sicherheitspolitischen Arbeit. Verdeutlicht werden konnte, an welchen Stellen ESG (Umwelt, Soziales und Unternehmensführung)-Kriterien auf die Branchenfinanzierung wirken.

Die neue Bundesregierung steht vor dem Dilemma, einerseits sehr hohe ökologische Standards und menschenrechtliche Normen nach westlichem Maßstab als Bedingung für Handelsabkommen etablieren zu wollen. Und andererseits die gestalterische Wirkungskraft der Europäischen Union zu erhalten, in einer Situation, in der die gestellten Anforderungen an die Handelspartner von vornherein unrealistisch erscheinen. Umso intensiver wird sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzen, dass Deutschland und die EU entschlossen und vor allem geschlossen auftreten – um wieder als Wegbereiter in der internationalen Handels- und Sicherheitspolitik agieren zu können.

4. Energie

Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit im Zuge der Transformation des Energie- und Wärmesektors gewährleistet

Auch im Bereich der Energie- und Energieeffizienzpolitik konnte der Wirtschaftsrat wichtige Impulse setzen, etwa mit der Erarbeitung des Konzeptpapiers „Strategie für



„Eigenverantwortung und Selbstverantwortung und auch Freiheit zur Entscheidung sind ein wichtiges Gut, das gerade Ludwig Erhard immer geschätzt hat.“

Markus Söder MdL
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
Vorsitzender der CSU

Energieeffizienz 2050“. Zugleich wurden zentrale Forderungen des Wirtschaftsrates von der neuen Bundesregierung übernommen:

- die zeitnahe Abschaffung der EEG-Umlage,
- die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, um die notwendige Infrastruktur zur Nutzung der erneuerbaren Energien zu schaffen,
- die Förderung von Wasserstofftechnologie und dazugehöriger Infrastruktur, technologieoffen auch für blauen und türkisen Wasserstoff,
- die Stärkung der Bioenergie im Rahmen des Energiemixes und entsprechender Marktintegration,
- der Ausbau von Gaskraftwerken als Übergangstechnologie zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie deren technische Ausstattung für entsprechende Nutzung als Wasserstoffinfrastruktur.

Im vor uns liegenden Jahr wird sich der Wirtschaftsrat dafür einsetzen, den staatlichen Anteil am Strompreis konsequent weiter abzusenken – damit Preissignale wirken und als Anreiz für Investitionen in Innovationen fungieren können. Nicht zuletzt gilt es, die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau abzusenken. Technologieoffenheit und Kosteneffizienz sollten die Leitplanken bei der Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzziele sein.

Im Bereich Energieeffizienz gilt es, die Energieeinsparung durch Strom- und Power-to-X-Anwendungen auszubauen, wie zum Beispiel synthetische Kraftstoffe. Außerdem müssen innovative Energiespeichertechnologien, etwa Batterien, Power-to-X, physikalische Speicherformen, weiterentwickelt werden. Insbesondere die Wärmeproduktion, -nutzung und -wiederverwendung in Gebäuden soll so möglichst effizient gestaltet werden.

Zudem bleibt auch das mögliche „Aus“ des Verbrenners wichtiges Kernthema des Wirtschaftsrates. Im Zuge der hier drohenden Marktbeschränkung wird sich der Wirtschaftsrat für den markt- und technologieoffenen Einsatz neuer Antriebstechnologien einsetzen, darunter insbesondere Wasserstoff, Biokraftstoffe, E-Fuels oder synthetische Kraftstoffe – für den Einsatz im Schwerlastverkehr, aber auch in Luftfahrt und Seeverkehr.

5. Klimaschutz

Grundsatz des Technologie- und Innovationsgedankens im Regierungshandeln verankert

Sehr intensiv hat sich der Wirtschaftsrat zudem im Bereich der Klimaschutzpolitik engagiert. Unter Feder-



führung der Bundesfachkommission Umwelt- und Klimapolitik, der Bundesarbeitsgruppe Rohstoffpolitik oder der Task Force Kreislaufwirtschaft wurden politische Handlungsempfehlungen erarbeitet, um damit erfolgreich Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung nehmen zu können. Begleitend organisierte der Wirtschaftsrat eine Kampagne „Klimaschutz durch Technologie und Innovation“. In Form einer Reihe von Expertengesprächen zu hoch innovativen Klimaschutztechnologien, die im Nachgang in einer Broschüre zusammengefasst wurden, wurden noch einmal die Vorzüge marktwirtschaftlicher Ansätze für die Herausforderungen des Klimaschutzes deutlich hervorgehoben. Erfolgreich in die Politik getragen werden konnten folgende Botschaften:

- Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente wie „Carbon Contracts for Difference“ zur Marktintegration klimafreundlicher Technologien,
- Einführung von „Carbon-Leakage“-Schutzmaßnahmen zur Bewahrung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie,
- Erhöhung des Rezyklatanteils in der Produktion, und zwar nicht über Quoten, sondern über ein gesetzlich verankertes Fondsmodell zur Belohnung von recyclingfreundlichem Verhalten.

Auf europäischer Ebene konnte der Wirtschaftsrat auf die Ausgestaltung des Fit-for-55-Pakets einwirken. So wurde das neue Treibhausgasreduzierungsziel, wie vom Wirtschaftsrat gefordert, lediglich auf 55 Prozent und nicht auf 60 Prozent angehoben. Auch die Einbindung einer konkreten und technologieoffenen Wasserstoffstrategie auf europäischer Ebene sieht der Wirtschaftsrat als großen Erfolg.

Im Jahr 2022 wird der Fokus der klimapolitischen Arbeit einerseits auf internationalen Klimamaßnahmen wie dem europäischen Emissionshandel, dem EU-Klimapaket Fit-for-55, dem Pariser Abkommen und der globalen Klimaallianz liegen, andererseits auf nationalen Maßnahmen wie der Klimaschutzgesetzgebung, der nationalen CO₂-Bepreisung und dem anstehenden Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Darüber hinaus wird sich der Wirtschaftsrat mit wichtigen Umwelt- und Naturschutzthemen wie der Wasserrahmenrichtlinie, Artenschutz und Immissionsschutz befassen.

Nicht zuletzt gilt es, vor allem auch den vielfältigen Rohstoffkrisen entschlossen entgegenzutreten. Rohstoffimporte und -exporte, heimische Rohstoffe und Rohstofflagerhaltung sowie die Themen der Kreislaufwirtschaft, Recycling und Produktdesign für Kreislauffähigkeit, werden im Jahr 2022 ebenfalls Schwerpunkte der politischen Arbeit bilden.



„Wir können nicht aus allen Energieformen aussteigen und trotzdem noch wettbewerbsfähig in der Welt sein. Wir brauchen für den Kohleausstieg einen vernünftigen Übergangszeitraum.“

Michael Kretschmer
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

6. Verkehr und Infrastruktur

Finanzierung und Vernetzung gestärkt

Deutschland braucht ein funktionierendes, effizientes Verkehrssystem, um seine Klimaschutzziele erfüllen zu können. Mehr Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Auflösung von Stautallen und Engpässen, Schaffung einer modernen, verzahnten Verkehrsinfrastruktur, Verzicht auf aktionistische Maßnahmen, Vorfahrt für Innovationen, Stoppsignal für Verbote – das waren die zentralen Leitmotive der verkehrspolitischen Arbeit des Wirtschaftsrates im Bundestagswahljahr 2021, die von intensivem Dialog mit den Fachpolitikern der alten und der neuen Bundesregierung getragen war.

Von den Empfehlungen des Wirtschaftsrates werden in der neuen Legislaturperiode nunmehr umgesetzt:

- Die neue Bundesregierung wird auf das vor gut zehn Jahren vom Wirtschaftsrat entwickelte Modell einer Finanzierungsvereinbarung Bundesfernstraße zurückgreifen, um der jungen Autobahn GmbH des Bundes endlich die notwendige Finanzierungssicherheit für deren Aufgaben im Bereich Erhalt und Sanierung zu geben.
- Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden ab dem Haushaltsjahr 2022 grundsätzlich erhöht und auf hohem Niveau abgesichert. Deutlich mehr Geld wird es auch für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geben. Denn der Schlüssel, die Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, ist, ihn als Alternative zum Auto attraktiver zu machen.



„Der Wirtschaftsrat steht für Diskussionskultur, das offene Wort jenseits modischer Sprechblasen, einen klaren ordnungspolitischen Kompass sowie für vernünftige Lösungen, die den Menschen dienen. Ich glaube, das muss der Geist sein, in dem wir so große Herausforderungen wie den Klimawandel stemmen.“

Nicola Beer MdB
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
Stellv. Bundesvorsitzende der FDP



„Wenn es den Wirtschaftsrat nicht schon geben würde, wo es nach der Pandemie um das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen geht, wäre es jetzt die richtige Zeit, ihn zu gründen.“

Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Nach zähem Ringen wird es mit der Wiedereinführung der Präklusion zur weiteren Straffung von Planungsverfahren kommen. Das heißt: Wer sich nicht rechtzeitig beteiligt und einbringt, wird sein späteres Klagerecht verlieren. Damit können nun endlich ausufernde Gerichtsprozesse verhindert werden.
- Zudem soll zur Entlastung des Planungspersonals der öffentlichen Hand auf die vom Wirtschaftsrat lange geforderte verstärkte Einbindung privater Projektmanager gesetzt werden.
- Schlussendlich wird nun auch die Digitalisierung stärker zur Emissionssenkung genutzt werden können. Ein Mobilitätsdatengesetz, das eine freie Zugänglichkeit von Verkehrsdaten sicherstellt, soll deren wettbewerbsneutrale Nutzung im Sinne vernetzter Verkehrsangebote, wie vom Wirtschaftsrat empfohlen, über ein Treuhänder-Modell ermöglichen.

Auch 2022 wird sich der Wirtschaftsrat engagiert für eine ideologiefreie Mobilitätspolitik mit einer Stärkung des Verkehrsnetzes aus Straßen, Schienen, Wasserwegen und Flughäfen einsetzen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der technologieoffenen Umsetzung der für den Verkehrssektor ausgelobten Klimaschutzziele liegen. Daneben wird der Wirtschaftsrat den Aufbau der Autobahn GmbH des Bundes weiter eng begleiten und sich mit den Perspektiven für den emissionsarmen Stadtverkehr befassen.

7. Bau und Wohnen

Impulse für den Wohnungsbau gesetzt

Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Immer weniger Deutsche können sich den Traum vom Wohneigentum erfüllen. Dabei stellt dieses eine stabile und



„Der Wirtschaftsrat ist eine wichtige Stimme der ökonomischen Vernunft! Es braucht ihn gerade in diesen bewegten Zeiten.“

Volker Bouffier MdL

Ministerpräsident des Landes Hessen
Stellv. Vorsitzender der CDU Deutschlands

sichere Säule der privaten Altersvorsorge dar. In den boomenden Ballungsregionen wird zugleich bezahlbarer Wohnraum knapp – in einer Situation, in der die vereinbarten Klimaschutzziele eine kostenintensive energetische Sanierung des Gebäudebestands verlangen. Statt jedoch für eben diese Problemlagen tragfähige Lösungen zu entwickeln, waren die politischen Debatten – gerade im Bundestagswahljahr 2021 – geprägt davon, Themen rund um Miete, Modernisierung und Investitionen dogmatisch aufzuladen.

Die politische Bilanz des Wirtschaftsrates in diesem grundsätzlich schwierigen Umfeld:

- Bauthemen gestärkt: Mit der Wiedereinführung eines Bundesbauministeriums wird die neue Bundesregierung eine langjährige Forderung des Wirtschaftsrates umsetzen. Denn angesichts der Herausforderungen in den Bereichen Wohnen, Klima und Gebäude braucht es einen zentralen Ansprechpartner in Berlin.
- Wohnungsneubau beschleunigt: Nach den Empfehlungen des Wirtschaftsrates haben sich auch SPD, Grüne und FDP per Koalitionsvertrag auf eine grundsätzliche Baubeschleunigung durch serielles Bauen, Digitalisierung, Entbürokratisierung und Standardisierung verständigt.
- Nachverdichtungen erleichtert: Noch in der alten Legislaturperiode erhielten die Gemeinden endlich die vom Wirtschaftsrat immer wieder geforderte Flexibilität, Dachgeschossausbau und Anbauten zu erleichtern, indem die bislang bestehenden Obergrenzen für das Maß der baulichen Nutzung in Orientierungswerte geändert wurden.
- Energetische Sanierung gestärkt: Im Frühjahr 2021 wurde die Förderung energieeffizienter Gebäude auch auf Empfehlung des Wirtschaftsrates erhöht, und zwar auf 11,5 Milliarden Euro. Damit konnte ein erfolgreiches Instrument auf dem anspruchsvollen Weg zur Erreichung der Klimaziele im Gebäudesektor verstetigt werden.
- Politischer Missbrauch beendet: Mit einer Normenkontrollklage ließen Union und FDP das ideologiegeleitete Mietendeckelgesetz des rot-rot-grünen Berliner Senats durch das Bundesverfassungsgericht erfolgreich prüfen. Der Wirtschaftsrat, der der Klageseite argumentativ zur Seite stand, sah sich mit dem Urteilspruch im April dieses Jahres bestätigt: Das Mietrecht ist Sache des Bundesgesetzgebers.

Vor dem Hintergrund der ungebrochen populistisch geführten Debatten in der Bau- und Wohnungspolitik wird sich der Wirtschaftsrat mit seiner Kampagne „Kurswende.Immobilien“ auch weiterhin dafür verwenden, dass eine Wohnraumoffensive nach Deregulierung



und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen und nicht nach „Vergesellschaftung“ oder Mietpreisdeckeln verlangt. Konkret wird sich der Rat mit nachhaltigen Konzepten einbringen, mit denen es gelingt, breiteren Schichten der Bevölkerung Wohneigentum zu ermöglichen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die ehrgeizigen Klimaschutz- und Ressourceneffizienzziele zu erfüllen – um die Gestaltung von lebenswerten Städten voranzutreiben.

8. Digitalisierung

Digitale Souveränität Deutschlands gestärkt

Auch im Bereich der Digitalpolitik vermochte der Wirtschaftsrat seine Handschrift zu hinterlassen und dank der Expertise seiner digitalpolitischen Fachgremien in den Koalitionsverhandlungen einen sehr substanziellen Beitrag zu leisten. Von den Empfehlungen des Wirtschaftsrates werden in der neuen Legislaturperiode u. a. umgesetzt:

- Digitalisierungskick für alle neuen Gesetze, Einführung eines digitalen Gesetzgebungsportals,
- Einführung von schlanken und digitalen Genehmigungsverfahren mit dem Ziel einer Halbierung von Genehmigungsdauern,
- mehr Maßnahmen für besseren Mobilfunk- und WLAN-Empfang,
- Fortführung der prozessualen Vorgaben des IT-Sicherheitsgesetzes (IT-SiG 2.0),
- klarer Vorrang eines eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbaus vor staatlicher Förderung,
- keine Festlegung auf eine Auktion der Mobilfunkfrequenzen in 2023, auch nicht indirekt durch Festlegung auf eine Verwendung möglicher Einnahmen einer Frequenzvergabe 2023.

Hinsichtlich der möglichen Umsetzung eines Digitalministeriums hatte der Wirtschaftsrat stets davor gewarnt, einfache Antworten auf komplexe Probleme zu geben. So sollte insbesondere eine Überlagerung der Sachlogik durch die politische Logik von medienwirksamen und in der kurzen bis mittleren Frist unrealistischen Forderungen vermieden werden. Die durch die neue Bundesregierung beschlossene fachliche Erweiterung der Digitalkompetenzen des Bundesverkehrsministeriums stellt somit einen pragmatischen Ansatz im Hinblick auf eine möglichst zeitnahe und möglichst unbürokratische Umsetzung von Digitalisierungsprojekten dar.

Das neue Ressort sollte in der Praxis mit allen notwendigen Rechten, Ressourcen und vor allem einem eigenen Budget ausgestattet werden, um Digitalisierungs-



„Der Wirtschaftsrat ist der meinungsstarke Partner, der der Politik immer wieder wichtige Impulse gibt.“

Ursula von der Leyen
Präsidentin der Europäischen Kommission

vorhaben gezielt voranzutreiben. Zwingend erforderlich ist zudem eine ressortübergreifende Digitalstrategie des Bundes, die die bisher häufig getrennten Digitalisierungsansätze, Initiativen und Projekte von Kanzleramt, Bundesministerien und Behörden integriert. Nun muss sich in den nächsten Monaten zeigen, wie dies konkret ausgestaltet und umgesetzt werden soll.

9. Künstliche Intelligenz

Für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen des Wertschöpfungspotentials eingesetzt

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie für die europäische Wirtschaft, deren enormes Wertschöpfungspotential auch den Wohlstand künftiger Generationen sichert. Auf Kritik des Wirtschaftsrates stieß daher der von der EU-Kommission vorgelegte Regulierungsentwurf, der für manche KI-Anwendungen das regulatorische Aus bedeuten würde. Durch den intensiven Austausch der Mitglieder der Bundesfachkommission „Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0“ mit Abgeordneten auf nationaler wie europäischer Ebene konnten nicht nur wesentliche Vorschläge zur Entschärfung der strikten Vorgaben in die Politik getragen, sondern auch neue Impulse gesetzt werden.

Die Bilanz des Wirtschaftsrates:

- Schon in der ersten Verhandlungsrunde wurde der KI-Regulierungsrahmen der Europäischen Kommission in seiner Kategorisierung deutlich abgemildert. Dadurch konnte verhindert werden, dass zu viele Anwendungen systematisch als „hohes Risiko“ eingestuft werden und somit komplett ausgeschlossen wären.
- In der KI-Gesetzgebung wird in der Frage der Nutzung von Technologien nunmehr zudem zwischen Industrie- und Verbraucheranwendungen unterschieden.



„Der Wirtschaftsrat ist eine der einflussreichsten und wirkungsvollsten Stimmen für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland.“

Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Präsident des Deutschen Bundestages a.D.



„Wie können wir die sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft machen? Bei dieser Frage brauchen wir den Wirtschaftsrat als entscheidenden Impulsgeber.“

Paul Ziemiak MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

- Beim angestrebten Aufbau eines innovativen digitalen europäischen Ökosystems setzte die Bundesregierung zur Realisierung ihres Projektes GAIA-X mehrmals auf den Dialog mit dem Wirtschaftsrat. GAIA-X soll eine leistungs- und wettbewerbsfähige, sichere vernetzte Dateninfrastruktur schaffen.
- Auf Anraten des Wirtschaftsrates stockte das Bundeswirtschaftsministerium das bewährte EXIST-Programm sowie den German Accelerator bis Ende 2024 um insgesamt rund 46,5 Millionen Euro auf – um Startups im KI-Bereich zu unterstützen.
- In gleicher Weise wurden durch die schwarz-rote Bundesregierung zusätzliche Finanzmittel in Höhe von rund 44 Millionen Euro zur Förderung von KI-Forschungsprojekten zur Prävention und Bewältigung von Krisen bereitgestellt.

In ihrem Koalitionsvertrag verspricht die neue Bundesregierung einen „digitalen Aufbruch“. Was lernfähige Algorithmen angeht, bleibt die Ampelkoalition nach Ansicht des Wirtschaftsrates aber vage und mutlos. Dabei gilt KI als Zukunftstechnologie. Umso mehr wird sich der Wirtschaftsrat für die Stärkung strategisch wichtiger Technologiefelder im Rahmen der Verhandlungen um den europäischen KI-Act einsetzen, so dass der mehrstufige risikobasierte Ansatz nicht zu restriktiv zentrale Nutzungsfelder reguliert. Denn noch mehr Bürokratie wäre ein Hemmschuh für Innovationen in der europäischen Wirtschaft. Aus Sicht des Wirtschaftsrates muss es Ziel sein, in Europa ein KI-Ökosystem ohne gravierende staatliche Eingriffe zu entwickeln. Der Fokus muss auf den Chancen und nicht auf den Risiken dieser Technologie liegen. Zugleich gilt es, einen Flickenteppich aus nationalen Regulierungen zu verhindern.



„Danke an den Wirtschaftsrat für seine aktive Begleitung unserer politischen Entscheidungen. Es ist sehr wohlthuend, dass der politische Horizont des Wirtschaftsrats nicht an den deutschen Grenzen endet, sondern immer auch unsere Nachbarn in Europa, die EU und die gesamte weltwirtschaftliche Realität mit im Blick hat. Das steht uns als weltoffener Exportnation gut an.“

Daniel Caspary MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

10. Alterssicherung

Abfallen der Arbeitslöhne gegenüber den Renten verhindert

Auch auf Drängen des Wirtschaftsrates hat die Ampel-Koalition der drohenden Schlechterstellung der Arbeitnehmer gegenüber den Rentnern im Gefolge der Corona-Krise eine Absage erteilt: Wie vom Wirtschaftsrat nachdrücklich gefordert, sieht der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung die Wiedereinführung des „Nachholfaktors“ in der gesetzlichen Rentenversicherung noch vor der nächsten Rentenanpassung vor.

Während die Summe der Arbeitslöhne in der Corona-Krise eingebrochen ist, wurden die Renten aufgrund der „Rentengarantie“ stabil gehalten. Durch die Wiedereinführung des „Nachholfaktors“ wird nun sichergestellt, dass im Gegenzug die Renten in den kommenden Jahren langsamer ansteigen als die Löhne. Eine Schlechterstellung der erwerbstätigen Generation wird so vermieden.

Ansonsten negiert der Koalitionsvertrag die Herausforderungen des demografischen Wandels leider völlig, indem ein Mindestrentenniveau genannt und zugleich die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ausgeschlossen wird. Dem setzt der Wirtschaftsrat seine Agenda für eine zukunftsfähige Alterssicherung entgegen:

- Lohnzusatzkosten stabilisieren, weitere Rentengeschulden verhindern: Die sogenannte Haltelinie für das Rentenniveau bei 48 Prozent muss nach 2025 planmäßig auslaufen. Zudem sollten wenig zielgenaue oder langfristig nicht-finanzierbare Rentenprivilegien wie die Grundrente, die Rente mit 63 oder die Mütterrente zurückgenommen werden.
- Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln: Nach 2031, wenn die Rente mit 67 erreicht ist, sollte sich mit jedem zusätzlichen Jahr an Lebenserwartung das Renteneintrittsalter um acht Monate erhöhen.
- Eigenverantwortliche Altersvorsorge attraktiver gestalten: Vorrangig ist eine Reform der Riester-Rente, bei der ein Schwerpunkt auf flexibleren Anlagemöglichkeiten durch eine Lockerung der Garantien liegen muss.

Diese und weitere entscheidende Weichenstellungen zur Einhaltung des 40-Prozent-Beitragsziels hat der Wirtschaftsrat in seiner Sozialstaatsagenda aufgegriffen und mit den Empfehlungen der Bundesfachkommission „Arbeitsmarkt und Alterssicherung“ für die neue Legislatur in die Politik getragen. Das Ziel: Eine Überlastung der Jungen und der Beitragszahler zu verhindern.



11. Gesundheit

Medizinische Versorgung in der Pandemie gestärkt

Durch die Corona-Pandemie wurde dem deutschen Gesundheitswesen seit März 2020 besonders viel Beachtung zuteil. Dabei wurde deutlich, welche Stärken und Schwächen das Gesundheitssystem aufweist und wie wichtig eine moderne und funktionsfähige medizinische Versorgung ist. Insbesondere in der Digitalisierung steckt noch viel Potenzial, wobei vor allem die Akzeptanz für digitale Gesundheitsanwendungen gesteigert und die breite Nutzung von personenbezogenen Daten zur Verbesserung der medizinischen Behandlung ermöglicht werden muss. Auch 2021 waren die Bundesfachkommissionen Gesundheitswirtschaft und Digital Health, die Bundesarbeitsgruppen Krankenhaus und Pflege sowie die Task Force Medizinische Versorgungszentren des Wirtschaftsrates wichtige gesundheitspolitische Impulsgeber. Zentrale Punkte konnten in die gesundheitspolitische Debatte eingebracht werden:

- Krankenhäuser als Basis einer breiten und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben in der Pandemie ihre essentielle Rolle unter Beweis gestellt. Die aktive Begleitung einer effizienten Ausgestaltung der Krankenhausfinanzierung und -landschaft ist auch nach der Pandemie entscheidend. Zentrale Forderungen der Gesundheitsgremien des Wirtschaftsrates für eine effiziente Krankenhausfinanzierung und -landschaft, wie beispielsweise die Weiterentwicklung des DRG-Systems (Abrechnung über Fallpauschalen) und die Ausgestaltung eines sektorenübergreifenden Versorgungsplans, wurden in den Koalitionsvertrag aufgenommen.
- In die Eckpunkte für ein Digitalisierungsgesetz sind wichtige Forderungen des Wirtschaftsrates, wie der weitere Ausbau der Telemedizin und die weitere Integration von digitalen Gesundheitsanwendungen, eingeflossen. Auch die Digitalisierung der Krankenhäuser wird nun mit dem beschlossenen Investitionsprogramm im Krankenhauszukunftsgesetz vorangetrieben.
- Die Verankerung des 40-Prozent-Beitragsziels in den sozialen Sicherungssystemen bis Ende 2021 war ein weiterer wichtiger Erfolg. Nun gilt es, mit zielgerichteten Maßnahmen langfristig stabile Beitragssätze zu garantieren. Die Förderung von Wettbewerb im Gesundheitswesen und die Stärkung privater Vorsorge sind dafür unabdingbar und werden unsere Richtschnur für die kommende Legislaturperiode sein.
- Eine leistungsstarke und professionelle Pflege muss auf den Grundpfeilern einer soliden und gerechten Finan-



„Ich komme immer gerne zum Wirtschaftsrat. Denn der Wirtschaftsrat ist eine Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, in einer Zeit, in der das ganze Land nach Orientierung sucht. Umso wichtiger scheint es mir zu sein, sich die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder in Erinnerung zu rufen.“

Michael Theurer MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Digitales und Verkehr

zierung, Innovation und Planungssicherheit ruhen. Die „kleine Pflegereform“, die an das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz angeschlossen wurde, geht dabei nicht weit genug. Nun wurden zwar zentrale Forderungen des Wirtschaftsrates in den Koalitionsvertrag aufgenommen, eine ganzheitliche Strategie für einen reformierten Pflegesektor fehlt allerdings. Hierauf wird der Wirtschaftsrat auch in der neuen Legislaturperiode drängen.

Auch 2022 werden wir die Gesetzgebung im Gesundheitswesen aktiv begleiten. Im Fokus stehen dabei unter anderem die dringend notwendige Pflegereform, die Ausgestaltung der Krankenhausfinanzierung und -landschaft sowie eine solide Finanzierung. Auch die Fortschreibung der bisher umgesetzten digitalen Anwendungen, wie etwa der elektronischen Patientenakte (ePA) oder des elektronischen Rezepts, werden wir forcieren.

12. Ernährung

Produktionsbedingungen am Standort Deutschland verbessert

Die Anforderungen an Lebensmittel sind in Deutschland zu Recht hoch: Sie reichen von Qualität und Sicherheit über das Preis-Leistungsverhältnis bis hin zu Tierwohl- und Nachhaltigkeitsaspekten. In Umfragen sind die Verbraucher oft bereit, einen höheren Preis für Produkte mit einem Mehr an Nachhaltigkeit zu zahlen, bei der tatsächlichen Kaufentscheidung sieht die Wirklichkeit indes anders aus. Gleichzeitig rücken Ernährungswirtschaft und auch Handel immer stärker in den Fokus identitätspolitischer Debatten.



„Der Wirtschaftsrat ist eine wichtige Stimme für die CDU, wenn auch keine bequeme.“

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin a.D.
Vorsitzende der CDU Deutschlands a.D.



„Durch eine gute Vernetzung ist es für Start-up-Unternehmen leichter, gegenüber Politik und öffentlicher Verwaltung mit einer starken Stimme aufzutreten und mit etablierten Unternehmern in den Wettbewerb zu treten. Der Wirtschaftsrat ist für diese Vernetzung eine gute Plattform.“

Thomas Jarzombek MdB

Vorsitzender AG Bildung und Forschung
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Beauftragter für Digitale Wirtschaft und Startups
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie a.D.

Als gefragter Ansprechpartner der Politik hat der Wirtschaftsrat auch 2021 mit seinen ernährungspolitischen Fachgremien in Bund wie Ländern entsprechende Weichenstellungen entscheidend mitgeprägt:

Im zähen Diskurs konnten die Mitglieder der Bundes- und Landesfachkommissionen im Regierungshandeln das Leitmotiv verankern, dass eine Verpflichtung zur Lebensmittelkennzeichnung nur auf europäischer Ebene sinnvoll ist.

Unterstützend wurde dazu beigetragen, nur noch wissenschaftlich fundierte Daten als Bemessungsgrenze für die Regulierung von Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika zu verwenden.

Erfolgreich geworben wurde dafür, dass der ermäßigte Verkauf von Waren mit kurzer Haltbarkeit künftig deutlich erleichtert wird. Eine entsprechende Regelung wurde im Zuge der Novellierung der Preisangabenverordnung eingeführt, die im Mai 2022 in Kraft treten wird.

Inmitten der Corona-Pandemie mitinitiiert wurde der Vorschlag, landwirtschaftlichen Betrieben per Sondergenehmigung die sozialversicherungsfreie Beschäftigung ihrer ausländischen Saisonarbeitskräfte für vier statt drei Monate zu gestatten. Diese auch umgesetzte Maßnahme bildete in der Pandemie einen Beitrag zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln, gerade im Obst- und Gemüseanbau.

Auf europäischer Ebene flankiert wurden die erfolgreichen Bemühungen der schwarz-roten Bundesregierung, Investitionen in höhere Tierwohl-Standards künftig mit bis zu 80 Prozent fördern zu können. Bislang waren nur 40 Prozent zulässig.

Unter einem nunmehr „grün“ geführten Ernährungsressort wird es darauf ankommen, den Dialog mit den politischen Spitzen- und Fachpolitikern aus Parlament und Regierung noch einmal zu intensivieren – um für die Branchenunternehmen dringend erforderliche marktwirtschaftliche Freiräume zu erhalten. Die Schwerpunkte werden in Themenbereichen gesunde Ernährung, Lebensmittelkennzeichnung, Quotierung, Klimaschutz, Digitalisierung und vor allem Spekulation mit Agrarrohstoffen und der allgemeinen Preisentwicklung liegen.

13. Handel

Einzelhändler in der Corona-Pandemie unterstützt

Massive Umsatzrückgänge, Geschäftsschließungen, Kundenabwanderung zum Online-Handel: Die Corona-Pandemie hat den stationären Handel in eine nie dagewesene Krise gestürzt. In der Folge drohen auch vielen Innenstädten Leerstand und Funktionsverlust. Das Corona-Virus hat den ohnehin mitten im Strukturwandel stehenden deutschen Einzelhandel tief ins Mark getroffen. Auf Basis der Empfehlungen der ihm angeschlossenen Branchenunternehmen konnte der Wirtschaftsrat mit seiner Bundesfachkommission „Handel und Konsumgüter“ eine Reihe für den stationären Handel zentraler politischer Entscheidungen flankierend begleiten:

- Nur unter massivem Druck konnte Struktur in das vom SPD-geführten Bundesfinanzministerium verantwortete Chaos bei der Beantragung staatlicher Überbrückungshilfen gebracht werden. In der Folge durfte zumindest ein Teil der stationären Händler Hilfe bei der Deckung ihrer auch im Lockdown weiterlaufenden Betriebskosten erwarten.
- Mit dem Dritten Corona-Steuerhilfegesetz wurde der Höchstbetrag des Verlustrücktrags für die Jahre 2020 und 2021 auf zehn Millionen Euro angehoben und zudem die Möglichkeit der Berücksichtigung eines vorläufigen Rücktrags auch für 2021 eingeführt.
- Seit 1. Juli 2021 gelten verbesserte Kreditkonditionen bei der Finanzierung von Digitalisierungsvorhaben. So können Unternehmen ihr Vorhaben durch den ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds zu Zinsen ab 0,01 Prozent finanzieren.
- Die neue Bundesregierung hat sich verpflichtet, für den Einzelhandel die konkreten Rückzahlmodalitäten der Corona-Hilfen zu prüfen.
- Die Bund-Länder-Städtebauförderung soll künftig gestrafft und mit der bestehenden Innenstadtstrategie des Bundes zur Verbesserung der Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Innenstädten verzahnt werden.

Das Jahr 2022 wird ganz im Zeichen der Entwicklung von Strategien zur Wiederbelebung des stationären Einzelhandels stehen. Zu diskutieren sind hier etwa Lockerungen des Ladenschlussgesetzes, aber auch Vereinfachungen von Auflagen für Ladengeschäfte im Bau- und Ordnungsrecht. Damit der stationäre Einzelhandel gerade in der digitalen Transformation handlungsfähig bleibt, wird sich der Wirtschaftsrat in besonderer Weise für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen stationärem und Online-Handel einsetzen.



Präsidium



PRÄSIDENTIN

Astrid Hamker

Gesellschafterin und Mitglied
des Beirates Piepenbrock
Unternehmensgruppe
GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENTIN

Bettina Würth

Vorsitzende des Beirates
der Würth-Gruppe
Adolf Würth GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENT

Dr. Karsten Wildberger

CEO
CECONOMY AG



SCHATZMEISTER

Prof. Hans Helmut Schetter

Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Wohnbau GmbH



Paul Bauwens-Adenauer

Geschäftsführender
Gesellschafter
Bauwens GmbH & Co. KG



Dr. Nikolaus Breuel

Geschäftsführender
Gesellschafter
Karl-J. Kraus &
Partner GmbH



Sabine Christiansen

Geschäftsführerin
TV21 GmbH



Dr. Hugo Fiege

Gesellschafter
Fiege Logistik
Holding Stiftung & Co. KG



Dr. Jürgen Geißinger

Mitglied des Aufsichtsrates
MTU Aero Engines AG



Kai Hankeln

Konzerngeschäftsführer CEO
Asklepios Kliniken
GmbH & Co. KGaA



Renata Jungo Brünnger

Mitglied des Vorstandes
Integrität und Recht
Daimler AG



Prof. Dr. h.c. mult.

Roland Koch
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-Stiftung



Matthäus Niewodniczanski

Geschäftsführender
Gesellschafter
Bitburger Holding GmbH



Joachim Rudolf

Geschäftsführer
Rudolf Lichtwerbung GmbH



Thomas Saueressig

Mitglied des Vorstands
SAP Product Engineering
SAP SE



Dr. Stefan Schulte

Vorsitzender des Vorstandes
Fraport AG



Christian Sewing

Vorsitzender des Vorstandes
Deutsche Bank AG



Wolfgang Steiger

Generalsekretär
Wirtschaftsrat der CDU e.V.



Christian Freiherr

von Stetten MdB
Vorsitzender Parlamentskreis
Mittelstand, Mittelstands-
politischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bundesvorstand

Neben den Mitgliedern des Präsidiums gehören dem Bundesvorstand an:

Angela Aicher

CMO/
Unternehmenskommunikation
Max Aicher GmbH & Co. KG

Steffen Beck

Rechtsanwalt/FA
für Insolvenzrecht
Geschäftsführender
Gesellschafter
PLUTA Rechtsanwalts GmbH

Frank Becker

Geschäftsführender
Gesellschafter
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

Dr. Ulrich Bittihn

Mitglied des Aufsichtsrates
Nagel-Group Verwaltungs-SE

Christina Block

Mitglied des Aufsichtsrates
Eugen Block Holding GmbH
(Block Gruppe)

Dr. Christian von Boetticher

Geschäftsführer
Peter Kölln GmbH & Co. KGaA

Thomas Brahm

Vorstandsvorsitzender
Debeka Versicherungsgruppe

Dr. Peter Davids

Vorsitzender
der Geschäftsführung
Deusa International GmbH

Maria Dietz

Mitglied des Verwaltungsrats
GFT Technologies SE

Jan-Christian Dreesen

Stellv. Vorstandsvorsitzender
FC Bayern München AG

Dr. Albert Dürr

Geschäftsführender
Gesellschafter
WOLFF & MÜLLER Holding
GmbH & Co. KG

Nurten Erdogan

Chief Financial Officer (CFO)
Société Générale S.A.,
Frankfurt Branch

Uwe Fröhlich

Co-Vorstandsvorsitzender
DZ BANK AG, Deutsche
Zentral-Genossenschaftsbank

Alexander Geiß

Inhaber und Geschäftsführer
Stall Geiß GbR, Geiß Energy
und Agrargesellschaft

Thies G. J. Goldberg

Geschäftsführender
Gesellschafter
Goldberg Consulting GmbH

Corinna Grajetzky

Leiterin der EU-Repräsentanz
RWE AG

Dr. Frank Hiller

Vorstandsvorsitzender
DEUTZ AG

Karl Friedrich

Fürst von Hohenzollern
Unternehmensgruppe
Fürst von Hohenzollern

Marius-Quintus Jäger

Geschäftsführender
Gesellschafter
Arnold Jäger Holding GmbH

Dr. Marianne Janik

Vorsitzende der
Geschäftsführung
Microsoft Deutschland GmbH

Petra Justenhoven

Mitglied der Geschäftsführung,
Pricewaterhouse Coopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Kappenhagen

Bundesgeschäftsführer
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Stephan Karl

Geschäftsführer
Tetra Pak GmbH

Dr. Johannes F. Kirchhoff

Managing Partner
KIRCHHOFF Group

Susanne Klöß-Braekler

Vorsitzende des Aufsichtsrates
ING Deutschland

Sebastian Koepfel

Geschäftsführender
Gesellschafter
beckers bester GmbH

Mihajlo Kolakovic

Inhaber
Kolakovic & Partner
Personalberatung

Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender/VP
Materials Central Europe
CEMEX Deutschland AG

Prof. Dr. Stefan Liebing

Geschäftsführender
Gesellschafter Conjuncta GmbH

Andreas Mau

Geschäftsführer/Partner
MÖHRLE HAPP LUTHER
Partnerschaft mbH

Philipp Meyer

Gesellschafter, Geschäftsführer
Meyer Consulting
GmbH & Co. KG

Dr. Michael Moeskes

Rechtsanwalt
Anwälte Am Dom

Dr. Andreas Möller

Leiter Unternehmens-
kommunikation und Politik
TRUMPF GmbH + Co. KG

Hildegard Müller

Präsidentin
Verband der
Automobilindustrie e.V.

Jörg Müller-Arnecke

Geschäftsführer
Canvas Solutions GmbH

Florian Rentsch

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Dr. Franz J. Ruder

Managing Director
Underberg AG

Joachim Rumstadt

Vorsitzender der
Geschäftsführung
STEAG GmbH (bis 31.12.21)

Dieter Schmidt

Vorsitzende des Aufsichtsrates
Detlef Hegemann AG

Dr. Joachim

Freiherr von Schorlemer
Stellv. Vorstandsvorsitzender
ING-DiBa AG

Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer
Lausitz Energie
Verwaltungs GmbH (LEV)

Sven Schulz

Vorsitzender
der Geschäftsführung
Schulz Group GmbH

Oliver Schwegmann

CEO/Vorstand
Berentzen Gruppe AG

Detlev Seeliger

Geschäftsführender
Gesellschafter
MAPCO Autotechnik GmbH

Prof. Dr. Kristina Sinemus

Staatsministerin
Hessisches Ministerium
für Digitale Strategie
und Entwicklung

Rene S. Spiegelberger

Stiftungsgründer
Rene S. Spiegelberger Stiftung

Johannes-Georg Voll

Rechtsanwalt

Dr. Peter Wende

Partner
CMS Hasche Sigle
Partnerschaft von
Rechtsanwälten
Steuerberater mbB

Hans-Ullrich Werner

Geschäftsführender
Gesellschafter
MAVEG mbH
Chemnitz

Thomas Wolff

Geschäftsführender
Gesellschafter wolcraft GmbH

David Zimmer

Mitglied im Aufsichtsrat
Deutsche Glasfaser Holding

Dr. Reinhard Christian Zinkann

Geschäftsführender
Gesellschafter
Miele & Cie. KG

Dr. Marc Zoellner

Geschäftsführender
Gesellschafter
Accumulatorenwerke Hoppecke
Carl Zoellner & Sohn GmbH

Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

Caroline Bosbach

Autorin und Moderatorin
Bundesvorsitzende Junger Wirtschaftsrat

Ferdinand Herfeldt

Geschäftsführender Gesellschafter
Anytime Invest GmbH, Stellv. Bundes-
vorsitzender Junger Wirtschaftsrat

Jesse Jeng

Chief Investment Officer
SafeToNet Ltd.

Christian Krohne

Senior PR/Public Affairs Consultant
Köttker Kommunikation + Consulting

Karl-Christian Lauk

CEO & Managing Director
Studydrive GmbH, Stellv. Bundes-
vorsitzender Junger Wirtschaftsrat

Sine Sprätz

Head of Investment & Capex
Airbus Operations GmbH



Bundesfachkommissionen

Beirat Familienunternehmen



VORSITZ
Bettina Würth
Vorsitzende des Beirates
der Würth-Gruppe
Adolf Würth GmbH & Co. KG

STELLV. VORSITZ
Jan-Hendrik Goldbeck
Geschäftsführender Gesellschafter
GOLDBECK GmbH

Bonita Grupp
Leiterin E-Commerce und Personal
TRIGEMA Inh. W. Grupp e.K.

Dr. Tim Kannewurf
Mitglied des Vorstands/CAO
Schnellecke Group AG & Co. KG

■ Fachgebietsleiterin:
Dr. Patricia Gräfin von Matuschka

Industriebeirat

VORSITZ
N.N.

STELLV. VORSITZ
Dr. Erik Eschen
Chief Executive Officer
Vacuumschmelze GmbH & Co. KG

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor und Mitglied des Präsidiums
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln e.V.

■ Bereichsleiterin:
Dr. Cezara Missing

Wissenschaftlicher Beirat



VORSITZ
Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld
Vorsitzender des
Sachverständigenrates a.D.
Direktor des Walter Eucken Instituts

■ Fachgebietsleiter:
Thomas Deutschländer

Beirat Zukunft Europa



VORSITZ
Prof. Dr. Axel Weber
Präsident der
Deutschen Bundesbank a.D.
Verwaltungsratspräsident
UBS AG

■ Fachgebietsleiter:
Thomas Deutschländer

Think Tank Deregulierung



VORSITZ
Prof. Dr. Justus Haucap
Düsseldorfer Institut
für Wettbewerbsökonomie
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

STELLV. VORSITZ
Valentina Daiber
Vorstand
Recht und Corporate Affairs,
Telefónica Germany GmbH & Co. OHG

Internationaler Kreis



VORSITZ
Dr. Jürgen M. Geißinger
Mitglied des Aufsichtsrates
MTU Aero Engines AG

STELLV. VORSITZ
Wilfried Eberhardt
Chief Marketing Officer
KUKA AG

Simone Menne
Präsidentin
American Chamber of Commerce
in Germany

■ Fachgebietsleiter:
Thomas Deutschländer



Innovationsforum



VORSITZ
Dr. Ulrich Störk
 Sprecher der Geschäftsführung
 PWC Deutschland
 PWC GmbH WPG

■ Referentin:
 Alia Peix

Bau, Immobilien, Smart Cities



VORSITZ
Michael Zahn
 Chief Executive Officer
 Deutsche Wohnen SE (bis 31.12.2021)

STELLV. VORSITZ
Dr. Claus Lehner
 Vorsitzender der Geschäftsführung
 Dawonia Real Estate GmbH & Co. KG

Michael Lowak
 Vorstandsvorsitzender
 Segment CEO Immobilienwirtschaft
 GETEC Group und CEO GETEC
 Wärme & Effizienz GmbH

■ Bereichsleiter:
 Thomas Frießecke

Energieeffizienz



VORSITZ
Dr. Marc Andree Groos
 Geschäftsführer
 Vaillant GmbH

STELLV. VORSITZ
Dr. Hagen Lessing
 Chief Executive Officer
 istra International GmbH

■ Fachgebietsleiter:
 Jonas Heid

Arbeitsmarkt und Alterssicherung



VORSITZ
Hans Joachim Reinke
 Vorstandsvorsitzender
 Union Asset Management
 Holding AG

STELLV. VORSITZ
Manfred Bauer
 Mitglied des Vorstandes
 MLP SE

Jörg Munning
 Vorsitzender des Vorstandes
 LBS Westdeutsche
 Landesbausparkasse

Dr. Volker Priebe
 Mitglied des Vorstandes
 Allianz Lebensversicherungs-AG

Jan-Ole Schneider
 CFO DACH-Region
 Randstad Deutschland GmbH & Co. KG

■ Mitglied der Geschäftsleitung:
 Dr. Holger Fricke

Digital Health



VORSITZ
Dr. Frank Wartenberg
 President Central Europe
 IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

STELLV. VORSITZ
Annabritta Biederbick
 Mitglied der Vorstände
 Debeka Versicherungsgruppe

Bernd Christoph Meisheit
 Geschäftsführer
 Sana IT Services GmbH

Dr. Eckhart Pech
 Geschäftsführender Direktor
 CompuGroup Medical SE & Co. KgaA

■ Referent:
 Florian Döring

Energiepolitik



VORSITZ
Patrick Lammers
 Mitglied des Vorstandes
 E.ON SE

STELLV. VORSITZ
Stephan Frense
 CEO – Geschäftsführer
 ARGE Netz GmbH & Co. KG

Dr. Michael Strugl
 Vorsitzender des Vorstandes
 Verbund AG

■ Bereichsleiterin:
 Dr. Cezara Missing



Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



VORSITZ

Dr. Lutz R. Raettig

Mitglied des Aufsichtsrates
Morgan Stanley Bank AG

STELLV. VORSITZ

Lutz Diederichs

Chairman of the Group Management
BNP Paribas Deutschland

Dr. Reinhard Krafft

Vorstandsvorsitzender
Merck Finck

■ Fachgebietsleiter:
David Martens

Handel und Konsumgüter



Dr. Alexander von Preen

Vorsitzender des Vorstandes
INTERSPORT Deutschland eG

■ Bereichsleiter:
Thomas Friesecke

Internet und Digitale Wirtschaft



VORSITZ

Florian Roth

Chief Information Officer
SAP SE

STELLV. VORSITZ

Tanja Böhm

Mitglied der Geschäftsleitung
Microsoft Deutschland GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Rolli Vogel

Gesundheitswirtschaft



VORSITZ

Dr. Birgit König

Geschäftsführerin
Allianz Digital Health GmbH

STELLV. VORSITZ

Dr. Daniel Wichels

Geschäftsführer
zahneins GmbH

Dr. Hans-Christian Wirtz

Mitglied der Geschäftsleitung
Janssen-Cilag GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Markus Schäfer

Handel, Ernährung, Verbraucherschutz



VORSITZ

Thomas Kyriakis

Vorstand
Schwarz Zentrale Dienste KG

STELLV. VORSITZ

Marc-Aurel Boersch

Vorsitzender des Vorstandes
Nestlé Deutschland AG

Markus Mosa

Vorsitzender des Vorstandes
EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG

■ Referent:
Tilman Bartsch

Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0



VORSITZ

Markus Rolf Ochsner

Vorsitzender des Vorstandes
ABB AG

STELLV. VORSITZ

Walter Dopplmair

Geschäftsführer EMEA
Autodesk

Rainer Hundsdörfer

Vorsitzender des Vorstandes
Heidelberger Druckmaschinen AG

Karsten Neugebauer

Gründer und CEO
G2K Group GmbH

■ Referent:
Andreas Barke



Bundesfachkommissionen

Steuern



VORSITZ
Matthias Oberndörfer
Mitglied des Vorstands
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

STELLV. VORSITZ
Ralf Chalupnik
Direktor Steuerpolitik
Allianz SE

Dr. Achim Dannecker
Rechtsanwalt und Steuerberater,
Partner Gleiss Lutz

Frank W. Grube
Steuerberater/Partner
Pape + Rahn
Steuerberatungsgesellschaft

■ Fachgebietsleiter:
David Martens

Umwelt- und Klimapolitik



VORSITZ
Detlev Woesten
Geschäftsführer
H&R GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ
Dr. Armin Eichholz
Vorsitzender der Geschäftsführung
MIBRAG Mitteldeutsche
Braunkohlegesellschaft

Philipp Schlüter
Vorstandsvorsitzender/CEO
Trimet Aluminium SE

■ Fachgebietsleiter:
Jonas Heid

Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0



VORSITZ
Dr. Werner Kook
Generalbeauftragter der
Rethmann SE & Co. KG

STELLV. VORSITZ
Jörg Rösler
Mitglied des Vorstands
STRABAG AG

Frank M. Schmid
Geschäftsführer
Schmid Mobility Solutions GmbH

■ Bereichsleiter:
Thomas Frießecke

Bundesarbeitsgruppen

Cybersicherheit



VORSITZ
Prof. Timo Kob
Gründer und Vorstand
HiSolutions AG

STELLV. VORSITZ
Paul Kaffsack
Geschäftsführer
Myra Security GmbH

Uwe Probst
Managing Partner
Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

■ Referent:
Andreas Barke

Energie für Mobilität



VORSITZ
Dr. Frank Hiller
Vorstandsvorsitzender
DEUTZ AG

■ Referent:
Paul Schönewald

Digital Finance



VORSITZ
Karl Matthäus Schmidt
Vorstandsvorsitzender
Quirin Privatbank AG

STELLV. VORSITZ
Frank Niehage
CEO/Vorsitzender des Vorstandes
flatexDEGIRO AG

Katharina Gehra
Geschäftsführerin
BASK Capital GmbH
Gründerin und Geschäftsführerin
Immutable Insight

Carsten Lehr
Stellv. Vorstandsvorsitzender
EFIS AG

■ Fachgebietsleiterin:
Dr. Patricia Gräfin von Matuschka



Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



VORSITZ

Marco R. Fuchs
Vorstandsvorsitzender/CEO
OHB SE

STELLV. VORSITZ

Ralf Alexander Ketzel
CEO
Krauss-Maffei Wegmann
GmbH & Co. KG

Alexander Reinhardt
Vorstandsbeauftragter
für Politik- und
Regierungsangelegenheiten
Airbus SE

■ Landesgeschäftsführer
Berlin-Brandenburg:
Marco Hahnfeld

Gigabit-Gesellschaft



VORSITZ

Michael Jungwirth
Mitglied der Geschäftsleitung
Vodafone GmbH

■ Referent:
Andreas Barke

Medienwirtschaftspolitik



VORSITZ

Thomas Dittrich
Geschäftsführender Gesellschafter
Europäische Medien-
und Business-Akademie

STELLV. VORSITZ

Martin Moszkowicz
Vorsitzender des Vorstandes
Constantin Film AG

Dr. Wolf Osthaus
Director Public Policy DACH
Netflix Service Germany GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Rolli Vogel

Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau



VORSITZ

Marc Reinhardt
Mitglied der Geschäftsführung
Head of Public Sector and Health
Capgemini Deutschland GmbH

STELLV. VORSITZ

Christian Bertmann
Managing Director
Accenture GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Rolli Vogel

Krankenhausreform



VORSITZ

Kai Hankeln
Konzerngeschäftsführer/CEO
Asklepios Kliniken

STELLV. VORSITZ

Michael Dieckmann
CSO und Mitglied des Vorstandes
AMEOS Gruppe

Fransel Simon
Regionalgeschäftsführer Nord
Helios Kliniken GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Markus Schäfer

Mehr Privat für einen starken Staat



VORSITZ

Erhard Weimann
Staatssekretär a.D.

STELLV. VORSITZ

Dr. Dirk Quermann
Geschäftsführer
Mercur Media GmbH



Pflege

VORSITZ
N.N.

STELLV. VORSITZ

Jasmin Arbabian-Vogel
Geschäftsführende Gesellschafterin
Interkultureller Sozialdienst GmbH

Thomas Flotow
Geschäftsführer
PFLEGEN & WOHNEN
HAMBURG GmbH

Andreas Mörsberger
Sprecher des Vorstandes
Johannesstift Diakonie gAG

■ **Fachgebietsleiter:**
Markus Schäfer

Rohstoffpolitik



VORSITZ
Volker Backs
Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Speira GmbH

STELLV. VORSITZ

Thomas Maier
Geschäftsführender Gesellschafter
MAIREC Edelmetallgesellschaft

Dr. Philipp Niemann
Geschäftsführer
Rheinkalk GmbH

■ **Referent:**
Paul Schönewald

Startups



VORSITZ
Stephanie Renda
Vorstand
Bundesverband Deutsche Startups
Stellv. Vorsitzende
Beirat Junge Digitale Wirtschaft
beim Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie

STELLV. VORSITZ

Dominik Burziwoda
Managing Director & Founder,
Perfood GmbH

■ **Referentin:**
Alia Peix

Private Altersvorsorge



VORSITZ
Ralf Berndt
Vorstand
Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

STELLV. VORSITZ

Wolfgang Hanssmann
Vorsitzender des Vorstands
HDI Vertriebs AG

Dr. Helge Lach
Vorstand
Deutsche Vermögensberatung AG

■ **Mitglied der Geschäftsleitung:**
Dr. Holger Fricke

Staatsfinanzen



VORSITZ
Patricia Lips MdB
Stellv. Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

■ **Fachgebietsleiter:**
David Martens



Bundesgeschäftsführung



Wolfgang Steiger
Generalsekretär



Dirk Kappenhagen
Bundesgeschäftsführer
Geschäftsführer Personal,
Organisation und IT



Klaus-Hubert Fugger
Geschäftsführer
Presse und Kommunikation



Iris Hund
Geschäftsführerin
Finanzen und Controlling



Simon Steinbrück
Geschäftsführer
Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik

Mitglied der Geschäftsleitung



Dr. Holger Fricke
Stellv. Leiter
Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik



Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

Frankfurter Allgemeine Zeitung

23. Januar 2021

Ein gestörtes Verhältnis zum **Mittelstand** bescheinigte Wirtschaftsratspräsidentin Astrid Hamker der CDU. Die Partei habe ihren Markenkern, eine Wirtschaftspolitik im Sinne Ludwig Erhards in der Großen Koalition aufgeweicht.

Handelsblatt

8. Februar 2021

In einem „Zehn-Punkte-Plan für eine sozial verträgliche Energiepolitik im Gebäudebereich“ sprechen sich Wirtschaftsrat und der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft für neue Maßnahmen bei der **Gebäudesanierung** aus. Ein Paradigmenwechsel sei erforderlich: weg von teureren energetischen Sanierungen, hin zu dezentraler, CO₂-armer Energieerzeugung und besserer Gebäudetechnik.

Welt

31. März 2021

Der Wirtschaftsrat fordert anlässlich des Sonderberichts des Bundesrechnungshofs zur Energiepolitik der Bundesregierung die Abschaffung der **EEG-Umlage**. „Die Entwicklung der Strompreise ist zunehmend besorgniserregend für Bürger und Wirtschaft“, erklärte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Börsen-Zeitung

5. Mai 2021

Notenbankfinanzierte **Schulden** führen ins Desaster, schreibt der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, in einem Gastbeitrag. Es brauche Konzepte von Regierungen, wie sie ihre Schuldenstände senken wollen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

12. Juli 2021

Unter der Überschrift **„Wohlstand für alle“** wirbt der Wirtschaftsrat in einem Konzeptpapier zur Bundestagswahl dafür, den Erwerb von Wohneigentum zur Selbstnutzung deutlich zu erleichtern.

REUTERS

2. August 2021

Der Wirtschaftsrat nimmt die **ultralockere Geldpolitik** der Währungshüter ins Visier. Die Notenbanken in den USA und Europa hätten sich mit ihrer neuen Zinsstrategie weitere Spielräume verschafft, noch länger an Null- und Negativzinsen festzuhalten und dauerhaft eine höhere Inflation zu akzeptieren, erklärte Generalsekretär Wolfgang Steiger. Das sei ein fatales Zeichen.

Welt

21. August 2021

Das Blatt berichtete über das vom Wirtschaftsrat in Auftrag gegebene Gutachten über die Auswirkungen der **Wahlversprechen** der einzelnen Parteien zur Bundestagswahl auf die öffentlichen Haushalte bei Prof. Dr. Dr. h.c. Lars Feld, Leiter des Walter Eucken Instituts und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrates und Prof. Dr. Désirée J. Christofzik vom Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Handelsblatt

27. August 2021

„Bürokratieabbau, solide Staatsfinanzen und Steuerentlastungen“ seien die wichtigsten Punkte, die eine neue Regierung angehen müsse. „Das Verbandsklagerecht muss dabei insbesondere beschränkt werden“, sagte Präsidentin Astrid Hamker mit Blick auf die Ansiedlung von Tesla. Es könne nicht sein, dass ein Investor, der 40.000 Arbeitsplätze schaffen wolle, von Bürokratie aufgehalten werde.

BILD

15. Oktober 2021

Das Motto arm, aber klimasexy ist der falsche Weg, betonte Generalsekretär des Wirtschaftsrats Wolfgang Steiger. „Eine noch schnellere **Erhöhung des CO₂-Preises** wäre kontraproduktiv. Wer in dieser Situation explodierende Energiepreise als Klima-Erziehungsmaßnahme gutheißt, freut sich über massive Wohlstandsverluste für die Bevölkerung.“

Welt

28. Oktober 2021

„Das **Verbot des Verbrenners** würde eine Technologie beenden, die weltweit noch gebraucht wird und die mit synthetischen Kraftstoffen eine klimaneutrale Option wäre“, erklärt Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Wir müssen sehr aufpassen, dass unsere Klimapolitik nicht zur Deindustrialisierung statt zur Dekarbonisierung führt.“

BILD

4. November 2021

Es droht eine **Explosion des Rentenbeitrags**. Die Große Koalition hat auf Druck der SPD den sogenannten „Nachholfaktor“ bis 2025 ausgesetzt. Wolfgang Steiger hält die angekündigte Rentenerhöhung für „grotesk“. Von der Ampel fordert er dringend die Wiedereinführung des Nachholfaktors.

Börsen-Zeitung

19. November 2021

In einem Gastbeitrag schrieb Wolfgang Steiger: Wer finanziert die teuren Ampel-Pläne? Während etwa die Grünen offensiv ‚Mut zu mehr Schulden‘ einfordern, beharrt die FDP weiterhin darauf, die **Schuldenbremse** einzuhalten. Öffentliche Investitionen sollen in Zweckgesellschaften ausgelagert werden. Solche Nebenhaushalte unterlaufen den Geist der Schuldenregel.

Rheinische Post

15. Dezember 2021

Dem Einzelhandel sollten nicht weiter strikte **2G-Regeln** auferlegt werden, forderte der Generalsekretär Wolfgang Steiger. Zudem kritisierte er die geltenden Regeln zur 2G-Kontrolle in den Geschäften.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

21. Dezember 2021

Selbst der Wirtschaftsrat bescheinigte dem SPD-Mann einen klaren ordnungspolitischen Kompass. „Joachim Nagel ist eine **überzeugende Wahl**“, sagte Präsidentin Astrid Hamker. Als Eigengewächs der Bundesbank und langjähriges Vorstandsmitglied habe er den besonderen Stabilitätsgeist der Bundesbank verinnerlicht.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

27. Dezember 2021

In einem Gastkommentar moniert Generalsekretär Wolfgang Steiger, dass die neue Bundesregierung „schon zum Start die eigenen verfassungsmäßigen Haushaltsregeln missachten“ würde. So würden sich die Koalitionspartner zwar „erfreulicherweise zur Einhaltung der Schuldenbremse“ bekennen, doch „sowohl Einhaltung als auch Schuldentilgung“ würden in die Zukunft geschoben. Hinzu komme, dass potentielle Pipelines zur Aushöhlung um die Schuldenbremse gebaut würden. Die Ampelkoalition habe sich mit dem **„Nachtragshaushalt“** schon einen gewaltigen Schluck aus der Schuldentilgung gegönnt, bevor 2023 die Schuldenbremse wieder binde. Dies widerspreche dem Geist der Schuldenbremse ebenso fundamental wie die Schaffung von Schattenhaushalten über Investitionsvehikel.

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Klaus-Hubert Fugger, Simon Steinbrück

Bearbeitung:

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

Herstellung:

STEINBACHER DRUCK GmbH

Bildnachweis:

Titelbild: Jens Schicke; S. (1-22) Jens Schicke; Hans-Christian Plambeck; Christian Kruppa; (S. 4) Tobias Koch; Christian-lindner.de; (S.5) friedrich-merz.de; CDU Rheinland-Pfalz; (S. 6) @bundesregierung.de; csu.de; (S. 7) michaelkretschmer.de; fdp.de; (S. 8) Christian von Stetten; Hessische Staatskanzlei; (S. 9) bundesregierung.de; wolfgang-schaeuble.de; (S. 10) cdu.de; caspary.de; (S. 11) Laurence Chaperon; (S.12) Tobias Koch; (S. 13) Frank Blümler; privat; Debeka, privat; privat, Beate Tschirch, Carsten Heidmann Fotografie, Cira Moro, Frank Nürnberger, Microsoft, (S. 15) privat, DEUTZ; (S. 16) Eon, Deutsche Wohnen, Vaillant, privat; Steffen Prößdorf, privat

Stand:

Dezember 2021



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Luisenstraße 44 | 10117 Berlin
TELEFON 030 . 2 40 87 – 0
TELEFAX 030 . 2 40 87 – 4 05
INTERNET www.wirtschaftsrat.de
EMAIL info@wirtschaftsrat.de